

des Stimmbezirks zu arbeiten, Plakate zu kleben und Plakate zu sichern. Zum Unterschied gegenüber der bisherigen Praxis müssen die Parteimitglieder nicht für die rein technischen Arbeiten, für Schlepperdienste usw. in erster Linie eingesetzt werden, sondern eben für die Agitation. Um einer solchen riesigen Aufgabe der Leitung des Einsatzes von Hunderttausenden von Parteiatagatoren gerecht zu werden, ist es dringend erforderlich, mit den eingangs geschilderten Schwächen der Unterschätzung unserer Agitationsarbeit endgültig Schluß zu machen. Alle Parteileitungen, insbesondere unsere Landes- und Kreissekretariate, müssen sich von nun an laufend auf jeder Sitzung mit der Entwicklung der Agitationsarbeit beschäftigen, konkrete Beschlüsse dazu fassen und sie kontrollieren. Auf die Kontrolle der Beschlüsse muß jetzt besonderer Wert gelegt werden, da es zweifellos schon eine ganze Reihe von Anweisungen und Beschlüssen der Landessekretariate gibt, aber die Durchführung der Beschlüsse in den Kreisen keineswegs gewährleistet ist. So hat das Sekretariat des Landesvorstandes Sachsen auf Grund der Beschlüsse unseres Parteivorstandes wiederholt Stellung zur Entwicklung der Massenagitation genommen, aber die Überprüfung im Lande Sachsen ergab, daß in wichtigen Kreisen, wie Großenhain, Plauen, Hoyerswerda, Pirna und Oschatz, überhaupt keine Beschlüsse zur Agitationsarbeit gefaßt wurden und damit die Stellungnahme des Landesvorstandes mißachtet wurde.

Wäre es nicht gut, wenn man dem Beispiel des Kreissekretariats von Frankfurt a. d. Oder folgte und die Wandzeitungsredaktionen regelmäßig anleitete und kontrollierte? Wäre es nicht gut, daß man sich allerorts — wie im Kreisvorstand Bautzen — um die Versorgung der Agitatorengruppen der Betriebe mit der notwendigen Literatur kümmerte, wäre es nicht gut, wenn man überall Agitationsecken für die Agitatoren einrichtete, wo die Parteipresse, die Agitationsliteratur, wichtige Broschüren und Karikaturen ausliegen, und wo vor allem die Agitatoren täglich vor oder nach der Arbeit oder während der Arbeitspausen zum Erfahrungsaustausch und zur Instruktion Zusammenkommen? Ist es nicht höchste

Zeit, überall dem Beispiel der Agitatorengruppen des Karl-Marx-Werks Babelsberg zu folgen, wo man begonnen hat — jetzt schläft man wieder ein —, die parteilosen, gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten, vor allem die FDJler, zur betrieblichen Agitation regelmäßig heranzuziehen?

Noch schlechter als in unseren volkseigenen und SAG-Betrieben, wo immerhin in den letzten drei Monaten ein beträchtlicher Fortschritt ersichtlich ist, steht es um die Entwicklung und die Anleitung der Agitatorengruppen in unseren volkseigenen Gütern und MAS. Hier sind wir noch ganz am Anfang und deshalb auch in der Aufklärung des Dorfes sehr weit zurück.

Nicht viel besser sieht es mit den Agitatorengruppen in den Privatbetrieben aus. Dabei ist die Entwicklung der Agitatorengruppen in den Privatbetrieben mit Rücksicht auf die Zahl der dort tätigen Arbeiter und Angestellten besonders notwendig.

Wie die Agitatorengruppen auf dem Dorf arbeiten sollen, ist zwar in Richtlinien und Artikeln des öfteren dargelegt worden, aber vorläufig kennen wir nur das gute Beispiel des Kreises Döbeln, wo bereits in mehreren Dörfern gut angeleitete und mit Erfolg arbeitende Agitatorengruppen unserer ländlichen Ortsgruppen existieren. Völlig am Anfang stehen wir im Aufbau der Agitatorengruppen bei den Parteigruppen in der Verwaltung. Aber gerade auf die agitatorische Tätigkeit der Genossinnen und Genossen im Staatsapparat und ihren Einsatz unter der Bevölkerung ist im Wahlkampf großer Wert zu legen. Mit anderen Worten: überall sind wir eigentlich erst am Beginn der Entwicklung der mündlichen Agitation und ihrer organisatorischen Form, den Agitatorengruppen. Aber die Aufgaben des Wahlkampfes verpflichten jede Parteileitung, in jeder Grundeinheit unverzüglich in den nächsten Tagen diese konkrete Aufgabe als vorrangigste zu stellen. Für alle Parteileitungen gilt daher der Leitsatz: „Sage mir, wieviel Agitatorengruppen du hast, wie du sie anleitest und unter wieviel Parteiloosen sie arbeiten, und ich werde dir sagen, ob du die Wahlen richtig vorbereitetest!“

## Wirkkraft der Partei im Kampf um

„Die erste und Hauptgefahr ist gegenwärtig die Engstirnigkeit des Sektierertums, das in der Vernachlässigung der nationalen Interessen des deutschen Volkes zum Ausdruck kommt. Die konkreten Erscheinungsformen dieses Sektierertums bestehen gegenwärtig in der direkten oder indirekten Ablehnung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, in der Verweigerung der Zusammenarbeit mit solchen patriotisch\* Kräften, die nicht zum werktätigen Volk gehören oder sich noch nicht im demokratischen Lager befinden, in dem Widerstand dagegen, solche Kräfte auf verantwortliche Positionen stellen usw.“\*)

Solche Tendenzen traten auf den Kreisdelegiertenkonferenzen nicht selten zutage. So in Zittau, wo es Stimmungen gegen eine Zusammenarbeit mit ehemaligen Offizieren und Mitgliedern der Nazi-Partei gab. So zum Beispiel in Döbeln (Sachs.), wo die Wohngruppe 10 von Waldheim den Antrag stellte, „die Parteidisziplin auch auf die von der SED geschaffenen bzw. von ihr unterstützten Massenorganisationen (FDJ, FDGB, Nationale Front des demokratischen Deutschland usw.) zu übertragen“.

Auf der Delegiertenkonferenz des Kreises Schleiz trat ein Genosse auf, der sich gegen eine Differenzierung der Kräfte wandte, die der Vertreter des Parteivorstandes gefordert hatte. Er sei gegen eine solche Differenzierung, meinte er. Entweder sei einer Antifaschist oder er sei Faschist, Demokrat oder Antidemokrat. Zwischendinge gebe es nicht, und wir sollten sie auch nicht schaffen. Wenn einer kein richtiger Demokrat und aufrechter Antifaschist sei, dann könne er auch nicht in der Friedensfront mitkämpfen.

\*) Aus dem Beschluß des Parteivorstandes der SED vom 4. Oktober 1949: „Die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“.



Nicht Sektierertum, sondern Führertum der Massen. Dieser Ansicht ist die der Genosse — nebenarbeitend Mitglied des Kreisvorstandes — als marxistisch bezeichnet, die sogar den Beifall eines Teils der Delegierten fand. Warum?

Einmal, weil sie die Möglichkeit der Entwicklung nicht berücksichtigen. Sie setzen voraus, daß man von vornherein etwas ist (und auch bleibt), nicht etwas wird. Sie übersehen, daß man Menschen gewinnen, entwickeln kann und daß Menschen, die heute noch keine „aufrechten Antifaschisten“, noch keine „richtigen Demokraten“ sind, gerade im Verlauf eines gemeinsamen Kampfes um eine gemeinsame Sache dazu werden können.

Die Ansichten des Schleizer Genossen sind außerdem deshalb völlig unmarxistisch, weil sie nicht von einer Betrachtung der Wirklichkeit ausgehen und daher der Wirklichkeit widersprechen. Tatsächlich gibt es nämlich eine sehr große Zahl von Menschen, die noch keine „aufrechten Antifaschisten“ sind, ohne jedoch deshalb Faschisten zu sein, die noch keine „richtigen Demokraten“ sind, aber